

HINTERGRUND

Vorsicht mit Versprechen!

Anbieter von Fonds und fondsgebundenen Lebensversicherungen werben oft mit veralteten Renditezahlen. 2

GESUNDHEITSPOLITIK

Kampf gegen Atomwaffen

Die IPPNW will Kernthemen ihrer Arbeit nicht aus dem Blick verlieren – obwohl das zunehmend schwerfällt. 6

Unsensibel und schockierend

Hamburgs Senatorin Karin Roth wird wegen ihrer Äußerung zur Vergewaltigung beim Klinikum Nord attackiert. 7

MEDIZIN

Weniger als 200 Meter Gehstrecke



Können Kranke mit arterieller Verschlusskrankheit weniger als 200 m schmerzfrei gehen, sind vasoaktive Präparate nötig. 10

Weniger toxisch als der Standard

Nach neuen Daten ist Docetaxel bei Ovarialkrebs weniger neurotoxisch als Paclitaxel, aber ähnlich effektiv. 13

WIRTSCHAFT

Regeln für Finanzanalysten

Mit neuen Standesregeln für Kapitalmarktexperten wird bei Anlegern um Vertrauen geworben. 16

PANORAMA

Angst vor Bürokratie

In den Niederlanden müssen Ärzte aktive Sterbehilfe melden, doch viele Mediziner unterlaufen diese Pflicht. 20

SEITENBLICK

Musik während einer OP macht Patienten ruhiger

Musikhören vor und während einer Operation senkt den Blutdruck der Patienten – egal, ob es sich um Pop oder Klassik handelt. Das ist das Ergebnis einer Studie der State University von New York. 40 Patienten zwischen 51 und 87 Jahren konnten sich die Musik aussuchen, die sie während der OP wegen eines Glaukoms hören wollten, berichtet die Agentur Eurekalert. Bereits nach fünf Minuten musikalischer Berieselung sank ihr Blutdruck, der aus Angst vor der OP erhöht war, auf ein normales Level. „Musik vermindert den Streß auf das kardiovaskuläre System und hilft den Patienten zu entspannen“, sagt dazu Forschungsleiterin Karen Allen. (ine)

ÄRZTE & ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service: Tel.: (061 02) 5060 Fax: (061 02) 5061 77 Redaktion: (061 02) 5060
Verlag: Tel.: (061 02) 5060 Fax: (061 02) 5061 23 Internet: E-mail: info@arztezeitung.de

Hamburger Ärzte fühlen sich wegen Attesten unter Druck

Sechs Praxen wurden wegen elf Akten durchsucht

HAMBURG (di). Gerüchte über angebliche Gefälligkeitsatteste für Asylbewerber haben die Hamburger Staatsanwaltschaft auf den Plan gerufen. Um an die Krankenakten zu gelangen, marschierte die Polizei bei voller Sprechstunde in die Praxen.

War das eine gezielte Einschüchterung oder nur Routine-Ermittlung, fragten sich die betroffenen Ärzte. Wie bei einem Schlag gegen das organisierte Verbrechen fühlten sie sich bei der Aktion. Zeitgleich legte die Polizei sechs Praxen stundenlang lahm, um elf Akten zu beschlagnahmen.

Für die Ärzte ist dies ein nicht nachvollziehbarer Aufwand. „Ein Anruf hätte genügt“, sagt etwa Dr. Reinhard Bauer, dessen Praxis dreieinhalb Stunden lang an einem Mittwochvormittag von den Ermittlern belegt wurde. Die Me-

diziner vermuten, daß die Durchsuchungen sie verunsichern sollen. Die Staatsanwaltschaft verteidigt die umstrittene Aktion. Ihre Gutachter bezweifeln, daß die ausgestellten Atteste stichhaltig sind.

Um Asylbewerber, die abgeschoben werden sollen, tobt in Hamburg seit Jahren ein erbitterter Streit in der Öffentlichkeit und zwischen den Parteien. Ärzte scheinen dabei immer mehr zwischen die Fronten zu geraten.

Die Atteste der niedergelassenen Mediziner werden angezweifelt, die überprüfenden Amtsärzte von der Gegenseite angefeindet. Auf eine Amtsärztin wurde bereits ein Brandanschlag verübt. Der gestern zurückgetretene Innensenator Hartmuth Wrocklage (SPD) agierte glücklos: Der Opposition erschien sein Vorgehen zu lasch, dem Koalitionspartner GAL zu forsch. Siehe auch Seite 14

Jährlich 20 Tote nach Reisen

INNSBRUCK (dpa). Vor der weltweiten Verbreitung von Infektionserregern durch Reisen wurde auf einer Reisemedizin-Tagung in Innsbruck gewarnt. „In Deutschland gibt es bis zu 20 Todesfälle im Jahr, die Folge von Reisekrankheiten sind“, sagte Professor Frank von Sonnenburg aus München. 1000 Urlauber kommen pro Jahr mit Infektionen zurück.

CDU ohne Beschluß

BERLIN (dpa). Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel sieht keine Notwendigkeit, bei der Diskussion über die Gentechnik das Embryonenschutzgesetz zu ändern. Das sagte Merkel am Montag nach einer Sitzung der CDU-Führungsgremien in Berlin, auf der das CDU-Positionspapier zu diesem Thema im Mittelpunkt stand. Merkel wie auch der maßgebliche Autor des Papiers, der CDU-Vize Jür-

„Am Ende profitiert der chronisch

Bundesgesundheitsministerin legt Referentenentwurf zur RSA-

BERLIN (rv/br). Als „Beginn eines neuen Zeitalters für die Versorgung der Versicherten“ in der GKV hat Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt gestern die Reform des Risikostrukturausgleichs (RSA) bezeichnet. Sie stelle den kranken, vor allem den chronisch kranken Versicherten in den Mittelpunkt.

Der von der SPD-Politikerin skizzierte Referentenentwurf eines Gesetzes zur RSA-Reform entspricht den mit den Kassenver-

vielen kranken Versicherten werden durch die Reform mehr Geld aus dem RSA-Transfertopf bekommen, Kassen mit „guten Risiken“ werden stärker zur RSA-Kasse gebeten. Die wichtigsten Elemente des Gesetzentwurfs, der am 27. Juni auf den parlamentarischen Weg gebracht werden soll:

Ab Anfang nächsten Jahres werden Disease-Management-Programme gefördert. Die höheren Durchschnittsausgaben für in staatlich zertifizierten Programmen eingeschriebenen Versicher-

In den du
den heller

Fors

GÖTTING

kurzen
ne länge
lingt es o
die Funk
menschli
zuschalte
und 494).
schern u
vom Max
physikalis

gen Rüttge
CDU gegen
Präimplant
sei. Die Cl
allein über
endgültig n
bestehe n
bedarf. PII
stimmten
werden. In
spitzen de
Rüttgers h

Jahre bef
gleich ei
müssen e
mindeste
Zusatzent
Landesver
Anfang
zum RSA
gerichtet,
heitskoste
schnittlich
teilweise
Kassen ve
Kosten, di
Versicher